

# Öffentliches Protokoll über die Rechtsstellung und Bundesstaatsangehörigkeit der Familie Hartmann





# **Öffentliches Protokoll über die Rechtsstellung und Bundesstaatsangehörigkeit der Familie Hartmann**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Kp.</b>	<b>I. Allgemeines</b>	<b>Seite</b>
1.	Grundsätzliches Vorab	2
2.	Verpflichtungserklärung und Ableitung des Rechts	2
3.	Maximen	6
	<b>II. Parteien und Tatsachen</b>	
4.	Die Adressaten der Treuhänder/Verwalter/Grundrecht- und Völkerrechtsverpflichteten	8
5.	Die Adressaten der Garanten für die Einhaltung der Rechte ihrer Schutzbefohlenen	9
6.	Tatsachen zum Ablauf der Kündigung betreffend <u>Klaus Oliver</u>	10
	<b>III. Proklamationen der Partei <u>Klaus Oliver</u></b>	
7.	Partei des Proklamierenden: <u>Klaus Oliver</u>	12
8.	<u>Kündigung Klaus Oliver</u>	14
9.	<u>Lebenderklärung Klaus Oliver</u>	15
10.	<u>Willenserklärung bezügl. Verlängertem Eigentumsvorbehalt / Klaus Oliver</u>	16
11.	<u>Abstammungserklärung/Eid/Öffentliche Urkunde / Klaus Oliver</u>	17
12.	<u>Präsumtion der Rechte / Klaus Oliver</u>	19
13.	<u>Erschaffung registrierte Person / Klaus Oliver</u>	25
14.	<u>Personenstand / Klaus Oliver</u>	27
15.	<u>Willenserklärung / Klaus Oliver</u>	41
16.	<u>Handelsbedingungen / Klaus Oliver</u>	46
17.	<u>Vereidigte Zeugen</u>	51
18.	<u>Angehörige der Partei Klaus Oliver</u>	52
19.	Die Marke hartmann motorsport	53
	<b>IV. Rechtsquellen und Abschließende Bestimmungen</b>	
20.	Tatsachen des universellen Rechts aller geistig sittlichen Wesen	54
21.	Rechtsfolgen und Rechtsbrüche der Kündigung	55
22.	Gesetze und Quellenangaben	58
23.	Verbotene noch immer angewendete Gesetze aus der NS - Zeit	61
24.	Abschließende Bestimmungen, Vorbehalte	63

Für die Druckerei: Die verwendeten Farben der Texte von Open Office:

**Schwarz, Rot 4, Grün 4, Blau 4**

1. Auflage: 25 Stück, im November 2016  
1. Ausgabe (ohne Empfangsbestätigungen)





## **Die Nürnberger Prinzipien**

01. Jede Person, (Gerichtsvollzieher, Richter, Bankangestellte, Beamte Bedienstete usw.) welche ein völkerrechtliches Verbrechen begeht, ist hierfür strafrechtlich verantwortlich.
02. Auch wenn das nationale Recht für ein völkerrechtliches Verbrechen keine Strafe androht, ist der Täter nach dem Völkerrecht strafbar.
03. Auch Staatsoberhäupter und Regierungsmitglieder sind für von ihnen begangene völkerrechtliche Verbrechen nach dem Völkerrecht verantwortlich.
04. Handeln auf höheren Befehl befreit nicht von völkerrechtlicher Verantwortlichkeit, sofern der Täter auch anders hätte handeln können.
05. Jeder, (Gerichtsvollzieher, Richter, Justizangestellte, Anwälte, Postboten usw.) der wegen eines völkerrechtlichen Verbrechens angeklagt ist, hat Anspruch auf ein ordnungsgemäßes Verfahren
06. Folgende Verbrechen sind als völkerrechtliche Verbrechen strafbar:
  - a.) Verbrechen gegen den Frieden
  - b.) Kriegsverbrechen
  - c.) Verbrechen gegen die Menschlichkeit. (Verstoß gegen HLKO, Genfer Konventionsrecht, UN Charta, EMRK)
07. Die Mittäterschaft (Gerichtsvollzieher, Richter Angestellte, Rechtsanwälte, usw.) zur Begehung der genannten Verbrechen stellt ebenfalls ein völkerrechtliches Verbrechen dar.

Die Benachrichtigung des Erfüllungsgehilfen gleicht der Benachrichtigung des Auftragsgebers - Die Benachrichtigung des Auftraggebers gleicht der Benachrichtigung des Erfüllungsgehilfen.

***Notice to principal is notice to agent – notice to agent is notice to principal.***

Die Berufshaftpflichtversicherung für Firmenbedienstete:

Alle Beamten/Bediensteten sind durch das Bundes-, Staats- und Kommunalrecht verpflichtet, den Namen, die Adresse und die Telefonnummer ihrer Berufshaftpflichtversicherung, die Nummer der Police und auf Anfrage eine Kopie der Police mit der Beschreibung der Deckung zur Verfügung zu stellen. Die Unterlassung diese Auskunft zu geben, stellt gemeinschaftlichen und beschränkten Haftpflichtversicherungsbetrug dar und ist ein prima facie Beweis (Anschein-Beweis), daß der Unterlassende privat und unbegrenzt haftbar ist und deshalb seine Handlungen durch eine private Haftung dem von dessen Handlung Betroffenen gegenüber versichert werden müssen.



## **II Parteien und Tatsachen**

### **4. Die Adressaten der Treuhänder/Verwalter/Grundrecht- und Völkerrechtsverpflichteten**

Landeshauptstadt Stuttgart, Der Oberbürgermeister und Hauptverantwortliche: Fritz Kuhn,  
Marktplatz 1, [70173] Stuttgart, D-U-N-S® Nr.: 342 306 318, Ust. ID Nr.: DE 147793909  
Fax: **0711 / 216-91237**

Staatsministerium Stuttgart, Ministerpräsident und Hauptverantwortliche: Winfried Kretschmann,  
Richard-Wagner-Straße 15, [70184] Stuttgart, D-U-N-S® Nr.: 322 998 931  
Fax: **0711 / 215-3340**

Justizministerium Baden Württemberg, Verantwortlicher: Justizminister Guido Wolf  
Schillerplatz 4, [70173] Stuttgart, D-U-N-S® Nr.: 340 479 398  
Fax: **0711 / 279-2264**

Finanzministerium Baden Württemberg, Hauptverantwortliche: Edith Sitzmann  
Schlossplatz 4, [70173] Stuttgart, D-U-N-S® Nr.: 332 625 128  
Fax: **0711 / 123-4791**

Bundesministerium der Justiz, Hauptverantwortlicher: Heiko Maas  
Mohrenstr. 37, [10117] Berlin, Königreich Preußen, D-U-N-S® Nr.: 330 152 042  
Fax: **030 / 18 580-9525**

Bundesfinanzministerium, Hauptverantwortlicher: Wolfgang Schäuble  
Wilhelmstr. 97, [10117] Berlin, Königreich Preußen, D-U-N-S® Nr.: 332 619 717  
Fax: **030 / 18 682-4248**

Bundespräsidialamt, Hauptverantwortlicher: Joachim Gauck  
Spreeweg 1, [10557] Berlin, Königreich Preußen D-U-N-S® Nr.: 342 911 901  
Fax: **030 / 2000-1999**

**Vorbehaltlich weiterer Adressaten**





## 16. Allgemeine Handelsbedingungen

zwischen dem legitimen Rechtsträger, dem lebendigen geistig sittlichen Wesen Klaus Oliver, seiner legitimen gültigen natürlichen Rechtsperson Hartmann, geboren am 12. Oktober 1966, in Stuttgart - Bad Cannstatt, in der St. Anna - Klinik, Waiblinger Str. 101, im Staat Königreich Württemberg

Wohnsitz in Stuttgart Bad - Cannstatt, Walckerstr. 3, im Staat Königreich Württemberg,  
Teil der Bundesstaaten des Staatenbundes des Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich seit 1871  
(siehe Bekanntmachung des Deutschen Bundestages vom 30. Juni 2015)

natürlicher, beseelter, lebendiger Mensch, nach § 1 staatlichem BGB, in in seiner letzten, aktuellen hoheitlichen Fassung vom 06.06.1908, in Kraft seit 20.06.1908, gültiges, angewendetes Staatsrecht im Königreich Württemberg, nachfolgend Leistender genannt,

und

allen in der BRD/Deutschland/Germany angemeldeten und handelnden Alliiertenverwaltungen, Unternehmen, Firmen und Firmierungen, NGO's, Selbstverwaltungen, etc. pp.,

sowie

deren Mitarbeiter / Bedienstete,  
Geschäftsführer, Amtsvorsteher, Hauptverantwortliche, etc. pp.,  
nachfolgend Empfänger und Erfüllungsgehilfen, etc. pp., genannt,

gelten folgende allgemeinen Handelsbedingungen:

### **§ 1 Vertragszweck der allgemeinen Handelsbedingungen**

- (1) Alle Vertragsleistungen nach § 2 dieser allgemeinen Handelsbedingungen, seitens des Leistenden, erfolgen unter Vorbehalt der Rechtmäßigkeit und in der Regel unter der Androhung von Zwangsmaßnahmen durch den Empfänger bzw. durch dessen Erfüllungsgehilfen.
- (2) Der Vorbehalt der Rechtmäßigkeit des Leistenden basiert auf der Tatsache, daß der Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen, etc., vorgeben, zu hoheitlichem Handeln berechtigt zu sein, ohne dies belegt oder auch nur bestätigt, geschweige denn sich legitimiert zu haben. Eine Autorisierung durch Besatzungsrecht, z.B. Tagesbefehl etc. wurde ebenfalls nicht nachgewiesen. Daraus folgt, daß
  - a. der Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen, etc., entweder tatsächlich nicht zu hoheitlichem Handeln berechtigt sind, oder
  - b. der Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen, etc., zu hoheitlichem Handeln





berechtigt oder ermächtigt sind, den Nachweis bzw. schon die Bestätigung hierzu aber unter Verletzung der Ausweispflicht vorsätzlich verweigern.

- (3) Diese allgemeinen Handelsbedingungen regeln ausschließlich Angelegenheiten Gemäß Absatz 2 a. In den Fällen nach Abs. 2 b richten sich die Ansprüche des Leistenden nach den geltenden, gesetzlichen Regelungen des völkerrechtlich existierenden souveränen Staat Königreich Württemberg, mit seiner gültigen Verfassung vom 25. 09.1819, Rechtsstand 28. Oktober 1918, 0.00 Uhr, Staat im Staatenbund und Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich seit 1871, Verfassungsstand 16. April 1871, im Rechtsstand und in den Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des ersten Weltkriegs, sowie Genfer Konventionsrecht, der Reichs- und Ländergesetze, der HLKO, dem EMRK und den Zusatzprotokollen

## **§ 2 Vertragsleistungen der allgemeinen Handelsbedingungen**

Vertragsleistungen dieser allgemeinen Handelsbedingungen sind alle Leistungen wie z.B. Handlungen oder Zahlungen, die der Leistende an den Empfänger oder dessen Erfüllungsgehilfen, etc., erbringt. Dazu gehören insbesondere Zahlungen, auch Teilzahlungen etc., aber auch andere durch den Empfänger oder dessen Erfüllungsgehilfen abgeforderte Leistungen, wie z.B. Erklärungen, Berichte, Anfragen oder auch Kontopfändungen, Sachpfändungen, Inhaftierung oder eidesstattliche Versicherungen etc. pp.

## **§ 3 Inkrafttreten des Vertrages durch Annahme der allgemeinen Handelsbedingungen**

- (1) Mit der Annahme einer Vertragsleistung des Leistenden durch den Empfänger oder seine Erfüllungsgehilfen treten diese allgemeinen Handelsbedingungen in Kraft. Diese allgemeinen Handelsbedingungen haben Vorrang vor allen anderen Handels- und Geschäftsbedingungen und können nicht durch andere Geschäftsbedingungen, unfreiwillige invisible Verträge oder Handelsangebote der Empfänger oder Erfüllungsgehilfen etc. pp., außer Kraft gesetzt werden. Mit der Annahme einer Vertragsleistung des Leistenden stimmt der Empfänger oder seine Erfüllungsgehilfen, etc, unwiderruflich zu, diese allgemeinen Handelsbedingungen als oberste Rechtsnorm unter Ausschluß ihrer eigenen allgemeinen Geschäftsbedingungen anzuerkennen.
- (2) Der Annahme einer Vertragsleistung kommt der Erhalt von Geldern im Rahmen einer Zwangsbeitreibung gleich, z.B. Barzahlung, Kontopfändung.
- (3) Eine Vertragsleistung im Sinne dieses Vertrages gilt auch als angenommen, wenn der Empfänger selbst oder mittels seiner Erfüllungsgehilfen sonstige Zwangsmaßnahmen, z.B. Haftbefehl, Durchsuchungsanordnungen, Zwangsversteigerung etc. umsetzt, oder Schreiben versendet, die Forderungen gegen den Leistenden erheben, z.B. „Bescheide“ oder „Beschlüsse“

## **§ 4 Inkrafttreten der allgemeinen Handelsbedingungen durch Androhung**

Die allgemeinen Handelsbedingungen treten außerdem in Kraft, wenn dem Leistenden durch den Empfänger oder dessen Erfüllungsgehilfen, etc. pp., eine Zwangsmaßnahme angedroht wird.

Mit Eingang in jeglicher Form treten die allgemeinen Handelsbedingungen in Kraft. Zur Vertragserfüllung der allgemeinen Handelsbedingungen bedarf es keiner





Unterschrift des Leistenden, so ist es gemäß BRD-GmbH AGB angeordnet.

Die Rechtskraft tritt sofort ein, durch die geltenden SHAEF Gesetze, die SMAD Befehle, die Reichs- und Landesgesetze, der HLKO, der Genfer Konvention, der EMRK und den Zusatzprotokollen, sowie der BK/O und dem seit mind. 18.07.1990 wieder geltendes Besatzungsrecht und Genfer Konventionsrecht.

## **§ 5 Schadenersatz bei Nichteinhaltung der allgemeinen Handelsbedingungen**

Sowohl das Ereignis, welches das Inkrafttreten der allgemeinen Handelsbedingungen auslöst, wie auch jede weitere Vertragsleistung aus den allgemeinen Handelsbedingungen, verpflichtet den Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen, etc., zum Schadenersatz nach § 6. Der Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen, etc., haften unverjährbar, gesamtschuldnerisch und unbegrenzt und unterwerfen sich ohne Einrede der Verjährung der sofortigen Zwangsvollstreckung in ihr gesamtes Betriebs- und Privatvermögen oder sonstiges Vermögen.

## **§ 6 Höhe des Schadenersatzes bei Verletzung der allgemeinen Handelsbedingungen**

Die Höhe des Schadenersatzes richtet sich nach der jeweiligen Vertragsleistung der allgemeinen Handelsbedingungen oder Rahmenhandlung und deren Zustandekommen. Der Schadenersatz ist für jede einzelne beteiligte Person fällig.

Vertragsleistung nach	Erfüllungsgehilfe	Empfänger
§ 4 Androhung von Zwangsmaßnahmen, Pfändung	30.000,- [€] pauschal	50.000,- [€] pauschal
§ 3 Abs. 1 Annahme von Leistungen	100% der Gesamtforderung bzw. des entstandenen Schadens zzgl. 30.000,- [€] pauschal	150.000,- [€] pauschal
§ 3 Abs. 2 und 3 Umsetzung Zwangsmaßnahme	100% der Gesamtforderung bzw. des entstandenen Schadens zzgl. 50.000,- [€] pauschal	500.000,- [€] pauschal
Personenstandfälschung, auch versuchte	30.000,- [€] pauschal	50.000,- [€] pauschal
Unwirksame „Inlandszustellung“	30.000,- [€] pauschal	50.000,- [€] pauschal
Fehlende Unterschriften, Verweigerung gesetzlich garantierter Rechte u.ä., Verweigerte Rechtsicherheit und Rechtsbeugung im Amt	30.000,- [€] pauschal	50.000,- [€] pauschal
Durchsetzung von nichtigen Verwaltungs-Akten	30.000,- [€] je Schadenjahr	Oder 3.500.000,- [€] pauschal
Die letzten 100 Jahre aller gezahlten Steuern	Nachweis oder pauschal 100.000,- [€] je Schadenjahr	Oder 5.000.000,- [€] pauschal
Speicherung, Nutzung und Weitergabe der persönlichen Daten	35.000,- [€] pauschal	150.000,- [€] pauschal





Verschleppung, Freiheitsberaubung, Körperverschleppung	50.000,- [€] pauschal	500.000,- [€] pauschal
Verstoß gegen / Missachtung der UN-Resolution 61/295, HLKO, Genfer Konvention, Notstandsrecht vom 28.10.1918	100.000,- [€] pauschal	500.000,- [€] pauschal
Verstoß gegen / Missachtung des internationalen Paktes für bürgerliche und politische Rechte, EMRK und den Zusatzprotokollen	100.000,- [€] pauschal	500.000,- [€] pauschal

- (2) Angefangene Arbeitsstunden des Leistenden sind zusätzlich mit 200,- [€] zu vergüten, angefangene Arbeitsstunden von Rechtsbeiständen mit 350,- [€].
- (3) Sofern geltendes Recht einen höheren Schadenersatz vorsieht oder zuläßt, tritt diese Regelung automatisch in Kraft.
- (4) Im Falle einer wie auch immer gearteten Abwertung des Zahlungsmittel [Euro] oder Umstellung auf ein anderes Zahlungsmittel beziehen sich die Summen nach Abs. 1 auf nicht weniger als die Kaufkraft am 01.01. des Jahres, in dem der Vertrag in Kraft getreten ist.

## § 7 Fälligkeit des Schadenersatzes

- (1) Der Schadenersatz wird mit jedem Eintritt eines Ereignisses nach § 3 oder § 4 sofort fällig, ohne daß es hierzu einer Aufforderung bedarf.
- (2) Der Schadenersatz ist dem Leistenden bis zum folgenden Monatsersten nach Dessen Wahl per Überweisung, in bar oder in physischen Edelmetallen (Gold, Silber, Kupfer, Platin etc.) marktüblicher Stückelung auszuhändigen. Entstehende Kosten des Transfers trägt der Empfänger bzw. der Erfüllungsgehilfe.
- (3) Erfolgt die Aushändigung nicht innerhalb der Frist gemäß Absatz 2, tritt automatisch Verzug ein, der mit 6% über dem Basiszinssatz zu verzinsen ist.

## § 8 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser allgemeinen Handelsbedingungen unwirksam bzw. ungültig sein oder werden, tritt an deren Stelle eine rechtlich wirksame Bestimmung, die dem beabsichtigten Vertragszweck am nächsten kommt, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht. Die übrigen Vertragsinhalte bleiben hiervon unberührt.

### Rechtsfolgenbelehrung:

Es gelten die Staatsgrenzen für das Königreich Württemberg im Verfassungsstand von 1819, Rechtsstand: 28. Oktober 1918, 0.00 Uhr, Bundesstaat im Staatenbund des Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich seit 1871, Verfassungsstand 16. April 1871, im Rechtsstand und in den Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des ersten Weltkriegs. Damit ist das Betreten der Flächen der souveränen Staaten Kgr. Württemberg, des





Staatenbundes Deutsches Reich seit 1871 in den Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des ersten Weltkrieges, einschließlich seines beherrschbaren Raums unter der Erdoberfläche als auch dem Luftraum darüber, auf der Erdoberfläche und dem Festlandsockelanteil, einschließlich der zugeordneten Gewässer in jeglicher Form, eine Zuwiderhandlung gegen diese allgemeinen Handelsbedingungen von den Empfängern, Erfüllungsgehilfen, etc. pp. und löst, die Strafverfolgung nach Genfer Konventionsrecht, dem RStGB, den Internationalem Pakt über bürgerliche und politische Rechte, der UN-Resolution 61/295, dem EMRK und den Zusatzprotokollen, der HLKO und dem Völkerstrafgesetzbuch, aus. Allein die Einlage in den Briefkasten des Leistenden, der die Staatsangehörigkeit Kgr. Württemberg inne hat, der seinen genommenen Wohnsitz im Staat Kgr. Württemberg, Teil des Staatenbunde, löst die Schadensersatzpflicht nach den allgemeinen Handelsbedingungen und sonstiger Schadensersatzpflicht aus, da der Leistende unter Schutz der Genfer Konventionsrechte, der HLKO des Völkervertragsrechtes und der EMRK und den Zusatzprotokollen steht.

### Gerichtsstand:

Bis zur abgeschlossenen Reorganisation des Staates Königreich Württemberg und des Staatenbundes der Bundesstaaten des Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich, im Rechtsstand und in den Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des ersten Weltkrieges, gelten gemäß Völkervertragsrecht die dort festgelegten Bestimmungen bezüglich der territorialen Anwendung, des Gerichtsstandes, sowie des Erfüllungsortes. Für die Bundesrepublik Deutschland hat Völkervertragsrecht Vorrang vor Völkergewohnheitsrecht, Vorrang vor deutschem Recht und Vorrang vor Bundesrecht gemäß Artikel 25 des Bonner Militärgrundgesetzes für die Bundesrepublik von Deutschland in der Fassung vom 23. Mai 1949.

### Der Leistende:

Der gewillkürte Bevollmächtigte nach § 1 staatlichem BGB, in in seiner letzten, aktuellen hoheitlichen Fassung vom 06.06.1908, in Kraft seit 20.06.1908 für den geistig sittlichen, freien, natürlichen, beseelten, lebendigen und nicht verschollenen noch als Treugut geborgenen Menschen, der alleinige Familiennamen- und Namensinhaber, mit seinem unverhandelbaren und unveräußerlichen Nießbrauchrecht, auf ewig uneingeschränkter Souverän, Administrator und Begünstigter der legitimen Rechtsperson Klaus Oliver: Hartmann unter anderem auch seiner Genfer Konventionsrechte, seiner EMRK Rechte mit den Zusatzprotokollen, in Selbstermächtigung, in Gebrauch der Rechts- und Geschäftsfähigkeit, und Gebrauch seiner staatlichen Souveränitätsrechte, in Geschäftsführung ohne Auftrag, gemäß staatlichem BGB § 677 und wegen Personenstandänderung, aufgrund der §§ 227, 228 und 229 BGB.



*Klaus Oliver: Hartmann*

Der legitime Rechtsträger - in rerum natura – der lebende Mann genannt Klaus Oliver  
Bevollmächtigter:

Seine legitime gültige natürliche Rechtsperson Hartmann

Mit der Rechtsstellung seiner Staatsangehörigkeit Königreich Württemberg nach RuStAG §§ 1, 3, 4, 7 Hartmann